



LBV-Resolution zur Einhaltung angekündigter naturschutzpolitischer Zielsetzungen:

„Angekündigte Politikziele einhalten – für eine verlässliche Naturschutzpolitik der Staatsregierung“

Beschlossen von der Landes-Delegiertenversammlung des LBV am 23.10.2021:

Die LBV-Delegiertenversammlung fordert die konsequente Einhaltung der von der bayerischen Staatsregierung selbst gesteckten naturschutzpolitischen Ziele. Der LBV erwartet, dass die Staatsregierung die Umsetzung der selbstgesteckten naturschutzpolitischen Ziele erfasst und jährlich über den aktuellen Stand informiert. Zu denen in jüngerer Vergangenheit durch die bayerische Staatsregierung ausgegebenen Zielen, gehören insbesondere: (1) Die im bayerischen Streuobstpakt beschlossene Pflanzung von einer Millionen Streuobstbäume bis 2035 als Nettozunahme, (2) die Wiedervernässung des bayerischen Donaumooses auf einer Fläche von 2000 ha, wofür 200 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen, (3) die durch das Begleitgesetz des Volksbegehrens Artenvielfalt festgeschriebene Errichtung eines Biotopverbundes, der bis 2030 15 Prozent der Offenlandfläche umfassen muss und (4) die Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 5 ha pro Tag.

Begründung

Für wirkliche Verbesserungen im Naturschutz in Bayern ist es zentral, dass die von der Bayerischen Staatsregierung und vom Bayerischen Landtag angekündigten und beschlossenen Maßnahmen und Ziele auch tatsächlich umgesetzt werden.

Der Natur- und Umweltschutz sind als wichtige Ziele in der Mitte der Gesellschaft und der Politik angekommen. Dies zeigt auch das überaus erfolgreiche Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“. Im politischen Wettbewerb werden zumindest öffentlich kaum noch Positionen vertreten, die den Naturschutz rundherum ablehnen oder als unwichtiges Politikfeld bezeichnen. Während viele „Grabenkämpfe“ früherer Jahrzehnte überwunden sind, bleiben die Herausforderungen im Naturschutz weiter hoch, was unter anderem auf die Lücke zwischen politischer Ankündigung und deren tatsächlichen Umsetzung zurückzuführen ist. Dieses Problem besteht insbesondere, wenn Ankündigungen sich auf noch weit entfernte Zeiträume beziehen.

Der LBV stellt in den letzten Jahren zunehmend eine Änderung in der politischen Arbeit fest. Über zahlreiche Ziele herrscht weitgehend Einigkeit, bspw. auch mit der Bayerischen Staatsregierung. Der LBV begrüßt ausdrücklich die in jüngster Vergangenheit aufgesetzten Programme und ausgegebenen Ziele im Naturschutz. Dazu zählen u. a. das umfassende Wiedervernässungsprogramm im Donaumoos, das mit einem Budget von 200 Millionen Euro umgesetzt werden soll. Der jüngst verabschiedete Streuobstpakt, der vorsieht, dass, zusätzlich zum Ausgleich des jährlichen Verlustes, bis 2035 eine Million neuer Streuobstbäume in Bayern gepflanzt werden sollen, ist ein weiteres Beispiel.



Eine große Herausforderung ist ebenfalls der Flächenverbrauch: Hier hat die Staatsregierung das Ziel ausgegeben, diesen auf 5 ha pro Tag zu begrenzen. Eines der bayernweit bedeutendsten Naturschutzgroßprojekte ist außerdem der zu entwickelnde Biotopverbund, der – verteilt über ganz Bayern – bis 2030 15 Prozent der Offenlandfläche zu umfassen hat.

Der LBV sieht es als seine Aufgabe, die Einhaltung der ausgegebenen Ziele einzufordern und gegebenenfalls zu überprüfen, damit den Ankündigungen Taten folgen. Insbesondere soll damit verhindert werden, dass weit in die Zukunft reichende Zielmarken gar nicht angegangen werden oder der Start der Umsetzung immer weiter verschleppt wird.

Werden Maßnahmen nicht umgesetzt wird der LBV im Rahmen seiner politischen Arbeit sowie von Öffentlichkeitsarbeit auf die Einhaltung hinwirken.